

Treptow, Thomas M.

**Article**

## Energiegeld: Vielfältige Auswirkungen bedenken

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Treptow, Thomas M. (2021) : Energiegeld: Vielfältige Auswirkungen bedenken, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 101, Iss. 7, pp. 493-, <https://doi.org/10.1007/s10273-021-2950-1>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/237887>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

## Energiegeld

## Vielfältige Auswirkungen bedenken

In der aktuellen deutschen Klimaschutzpolitik soll ein höherer CO<sub>2</sub>-Preis den Konsum von CO<sub>2</sub>-produktionsintensiven Gütern verteuern. Da damit für die Konsumenten ein Anreiz entsteht, diese Güter geringer oder möglicherweise gar nicht nachzuzufügen, würden diese folglich in einem geringeren Ausmaß produziert und die Verringerung der Treibhausgasemissionen unterstützt. Da CO<sub>2</sub>-Güter häufig nicht einfach durch andere, günstige Güter substituiert werden können, hat dies insbesondere für einkommensschwächere Haushalte eine hohe Relevanz. Durch ein Pro-Kopf gezahltes Energiegeld soll verhindert werden, dass insbesondere diesen Haushalten ein finanzieller Nachteil entsteht. Im Parteiprogramm von Bündnis 90/Die Grünen ist sogar die Rede davon, dass man so mit „Klimaschutz Geld verdienen kann“, wenn das von den Haushalten vereinnahmte Energiegeld höher ist als die Mehrbelastungen durch den höheren CO<sub>2</sub>-Preis (Bündnis 90/Die Grünen, 2021).

Was auf den ersten Blick verlockend erscheint, enthält allerdings das Potenzial handfester negativer Überraschungen für alle Anspruchsgruppen. Nehmen wir zunächst an, dass die Nachfrage eines Haushalts nach CO<sub>2</sub>-Gütern absolut unelastisch ist. Das zugehörige Standardbeispiel für ein solches Gut ist der Pendelverkehr mit Verbrenner-PKW einer Familie mit ländlichem Wohnsitz. Das Gesamtaufkommen der CO<sub>2</sub>-Preisprämie wird annahmegemäß über ein durchschnittliches Pro-Kopf-Energiegeld (ex ante) den Haushalten erstattet. Damit ergeben sich für den Durchschnittshaushalt mit Energiegeld die gleichen Konsummöglichkeiten wie zuvor. Eine Verbesserung der umweltpolitischen Situation ergibt sich nicht. Damit sich dies ändert, müssen also Substitutionsgüter existieren und angeboten werden. Dies kann für die Beispiel-Haushalte ein als attraktiv wahrgenommener öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) sein. Wird jetzt durch einen höheren Benzinpreis mehr privater PKW-Verkehr auf den ÖPNV verlagert, dann wird die Erreichung der Klimaschutzziele unterstützt. Allerdings hat dies regelmäßig zur Folge, dass der finanzierbare Gesamtnutzen des Haushalts verringert wird. Haben vor der Erhöhung des CO<sub>2</sub>-Preises die Haushalte eine eindeutige Entscheidung für den Konsum ihrer CO<sub>2</sub>-Güter und ihrer weiteren Güter getroffen, dann wird ein steigender CO<sub>2</sub>-Preis eine geringere Nachfrage nach (normalen) CO<sub>2</sub>-Gütern und damit eine Erhöhung der Nachfrage nach Substitutionsgütern zur Folge haben. Da dem vereinnahmten

CO<sub>2</sub>-Prämienvolumen die neu nachgefragten CO<sub>2</sub>-Gütermengen als Bemessungsgrundlage zugrunde liegen, wäre das neue Güterbündel allerdings auch vor CO<sub>2</sub>-Preiserhöhung und Energiegeld für den durchschnittlichen Haushalt finanzierbar gewesen. Da sich die Haushalte vor der CO<sub>2</sub>-Preiserhöhung aber nicht dafür entschieden haben, geht folglich mit ihrer neuen optimalen Entscheidung ein geringerer Gesamtnutzen einher.

Behalten einkommensstarke Haushalte aufgrund ihrer geringeren marginalen Konsumneigung ihren absoluten CO<sub>2</sub>-Konsum bei, erfahren Sie folgerichtig durch einen höheren CO<sub>2</sub>-Preis eine höhere absolute Belastung. Der relative Nutzenverlust dürfte dabei jedoch geringer ausfallen als für einkommensschwächere Haushalte. Ob die CO<sub>2</sub>-Preis-Mehreinnahmen der tendenziell kleineren Gruppe einkommensstarker Haushalte ausreichen, um den einkommensschwächeren Haushalten die Überkompensation ihrer CO<sub>2</sub>-Belastung mit einem Pro-Kopf-Energiegeld zu finanzieren, ist dabei von einer Vielzahl von Faktoren abhängig (z. B. Zahl einkommensstarker (-schwächerer) Haushalte, Haushaltsgrößen, Haushalts-CO<sub>2</sub>-Konsum, Substitutionsmöglichkeiten, Präferenzen, Verwaltungskosten des Energiegelds) und erscheint eher unwahrscheinlich. Damit führt die höhere CO<sub>2</sub>-Bepreisung und das Energiegeldkalkül zu Verteilungswirkungen, die den erzielbaren Gesamtnutzen einkommensschwacher (einkommensstarker) Haushalte relativ stärker (schwächer) betreffen dürften.

Die CO<sub>2</sub>-Bepreisung als wirksames Instrument, um ökonomische Anreize für eine Änderung des Konsumverhaltens zu erzeugen, scheint unumstritten. Daher ist es zu begrüßen, dass neben angebotsseitigen Aspekten, wie beispielsweise die Bereitstellung eines attraktiven ÖPNV, auch Verteilungsfragen Eingang in die Diskussion gefunden haben. Dabei gerecht empfundene Lösungen zu finden, ist eine schwierige politische Aufgabe. Will sich die Klimaschutzpolitik die Lenkungswirkung höherer Preise zu Nutze machen, dann sollten auch die dabei zugrunde liegenden Annahmen und die entstehenden Verteilungswirkungen analysiert und insbesondere im Vorfeld anstehender Wahlentscheidungen angemessen kommuniziert werden.

Thomas Treptow

iba, Internationale Berufsakademie, Nürnberg

thomas.treptow@internationale-ba.com

© Der/die Autor:in(nen) 2021. Open Access: Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht ([creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de](https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de)).

Open Access wird durch die ZBW – Leibniz-Informationszentrum Wirtschaft gefördert.

### Literatur

Bündnis 90/Die Grünen (2021), Deutschland. Alles ist drin, Programmwurf zur Bundestagswahl 2021, [https://cms.gruene.de/uploads/documents/2021\\_Wahlprogrammwurf.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/2021_Wahlprogrammwurf.pdf), (10. Juni 2021).